

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

50 (11.12.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 50

Mannheim, den 11. Dezember 1947

Preis 15 Pfg.

Gesamtdeutsche Volksbewegung für Einheit und Frieden

Der deutsche Volkskongreß — Auftakt einer mächtigen Volksbewegung — Wahl einer deutschen Delegation für London

Resolution: Der deutsche Volkskongreß

für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin, zusammengesetzt aus Vertretern aller Volkskreise, der politischen Parteien und aller weltanschaulichen Richtungen aus ganz Deutschland, ist der lebendige Willensausdruck des deutschen Volkes für einen baldigen, gerechten und demokratischen Frieden.

Der deutsche Volkskongreß wünscht, daß dieser Wille des deutschen Volkes durch eine vom Volkskongreß demokratisch gewählte Delegation vor der Konferenz der Außenminister in London begründet und zu Gehör gebracht wird. Das deutsche Volk wünscht einen den Grundsätzen der Beschlüsse der Alliierten Mächte in Jalta und Potsdam entsprechenden Frieden, der ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zusichert, ihm eine freie demokratische Entwicklung und die völlige Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit ermöglicht. Das deutsche Volk ist tief von dem Willen durchdrungen, die Kräfte des Krieges in seinem Lande unschädlich zu machen, die demokratischen Kräfte zu stärken und damit zur Sicherung des Friedens beizutragen.

Das deutsche Volk wünscht, daß der Friedensvertrag die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands gewährleistet, oder dem deutschen Volke das Recht zuteil wird, durch eine Volksabstimmung selbst darüber zu entscheiden. Eine Aufteilung Deutsch-

lands in Staaten oder Zonengebiete würde den Aufbau der deutschen Wirtschaft und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gefährden. Zur Sicherung seiner materiellen Existenz muß es dem deutschen Volke durch den Friedensvertrag ermöglicht werden, den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern und eine leistungsfähige Friedensindustrie zur Deckung des Eigenbedarfes und für den Export zu entwickeln.

Das deutsche Volk wünscht von der Konferenz der Außenminister in London die Bildung einer zentralen deutschen Regierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien. Diese Regierung soll von der Friedenskonferenz gehört werden und die Aufgabe haben, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Das deutsche Volk wünscht, daß nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen eine Nationalversammlung gewählt wird, welche die Aufgabe der Ratifizierung des Friedensvertrages hat.

Der deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden erhebt diese Wünsche im Bewußtsein der großen Verantwortung, die das deutsche Volk den anderen Völkern gegenüber trägt. Die versammelten Frauen und Männer sind entschlossen, ihre ganze Kraft für eine friedliche Verständigung mit andern Völkern einzusetzen.

Wille zur Einheit überflutet Zonengrenzen

Ueber 2000 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands, von denen Hunderte illegal die verhassten Zonengrenzen überschreiten mußten, erhoben auf dem Deutschen Volkskongreß in der Deutschen Staatsoper Berlin am 6. und 7. Dezember 1947 ihre Stimme für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Diese breite und gewaltige überparteiliche Willenskundgebung des deutschen Volkes erweist sich als Ausgangspunkt einer mächtigen deutschen Volksbewegung, die alle engstirnigen Parteischränken und Zonengrenzen überflutet wird. Der Kongreß, der treffend und mit vollem Recht als das deutsche Vorparlament bezeichnet wurde, schuf auf Antrag des Delegierten Dr. Luitpold Steidle (CDU) ein ständiges Gremium, das auch nach Abschluß der Tagung im Sinne seines Zieles über ganz Deutschland weiterarbeiten wird. Richtig erklärte ein Delegierter der LDP, daß vom Volkskongreß die Impulse ausgehen, die zur Verwirklichung der deutschen Einheit führen werden.

Niemand kann diese Volksbewegung aufhalten, weil das ganze deutsche Volk selbst die Einheit will.



Wir hungern und frieren,
Weil Kapital und Junker regieren!

Die deutsche Delegation für London

Auf dem Deutschen Volkskongreß wurden einstimmig 17 Mitglieder der deutschen Delegation gewählt, die der Außenministerkonferenz in London die Forderung des deutschen Volkes nach Wiederherstellung seiner Einheit übermitteln soll. Schon ihre Zusammensetzung aus Vertretern der verschiedensten Parteien und demokratischen Organisationen beweist die Richtigkeit der Feststellung des Vorsitzenden der LDP, Dr. Külz, daß der Deutsche Volkskongreß, getragen von einer machtvollen Volksbewegung, durchaus berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Der Delegation gehören an: Pieck und Grotewohl für die SED, Dr. Külz und Dr. Schiffer für die LDP, Dr. Lobedanz und Nuschke für die CDU, Max Reimann und Ludwig Ficker für die KPD, Hans Jendretzky, Bernhard Göring, Erich Bleßke und Frau Friedel Malter für den FDGB, Greta Kuckhoff (DFB), Kurt Viesow für die VdGB, Dr. Beste, Landesbischof von Schwerin, für die Kirche, und Probst Krüger für die VVN.

Das deutsche Volk muß gehört werden

Otto Grotewohl auf dem Volkskongreß

„Wenn wir uns aus ganz Deutschland auf einem Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden versammelt haben, so geschieht das zu dem Zweck, in letzter Stunde vor der Entscheidung der Außenminister in London die deutsche Stimme zu Gehör zu bringen. Ueber alle Grenzen von Zonen und Länder, über alle Unterschiede von Parteien, Religionen und Berufe hinweg erheben wir unsere Stimme als Deutsche, die unter der gleichen Not leiden und unter der gleichen Sorge leben.“

Wir Deutsche dürfen nicht glauben, unbeschwert in eine neue Periode des Lebens treten zu können, wenn wir die alte nicht gründlich auslöschen. Es muß besser werden! Wir können freilich noch nicht sagen, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber soviel können wir heute bestimmt schon sagen, es muß anders werden, wenn es besser werden soll.

Die Einheit Deutschlands und der Friede für Deutschland sind solche

Dinge, die uns allen viel zu hoch stehen, als daß wir sie zu Manövern zwischen den Parteien herabwürdigen dürften. In diesen für Deutschland sorgenvollen Wochen erhebt sich unsere Ueberparteilichkeit zu einer einzigen Partei, zu der wir alle gehören und diese Partei heißt: Deutschland!

Aus dieser Gesinnung des Friedens und der Verantwortung für eine wahre demokratische Entwicklung in Deutschland leiten wir die Berechtigung her, die Außenministerkonferenz in London zu bitten, eine Vertretung des deutschen Volkes anzuhören. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Außenminister die Anhörung einer deutschen Vertretung nicht verweigern werden.

Otto Grotewohl unterstrich diesen Anspruch noch besonders mit dem Hinweis darauf, daß ja auch den Kriegsverbrechern einwandfreie Verteidigungsmöglichkeiten geboten worden wären. Was man ihnen gewährt hat, wird man dem deutschen Volke nicht verweigern wollen... Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen, aber: Das deutsche Volk muß gehört werden!“

Der Redner schilderte dann die Nichtdurchführung des Potsdamer Abkommens, nach dem Deutschland als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes betrachtet werden soll und ihre verhängnisvollen Folgen... „Man schuf in Abweichung von den Berliner Konferenzbeschlüssen Zweizonenabkommen und Wirtschaftsverträge und redet heute bereits von Trizonen. Das Saargebiet wurde einseitig unter die Botmäßigkeit Frankreichs gestellt, Ruhrindustrie und andere Industriezweige durch ausländisches Kapital überfremdet. In 15 selbständigen Ländern und 2 Stadtstaaten treibt engster Partikularismus wunderlichste Blüten. Die öffentliche Meinung in Presse und Politik in Deutschland wurde nicht nach deutschen, sondern nach alliierten Wünschen und Interessen entwickelt bis die deutschen Menschen anfangen, sich in ihrer eigenen Muttersprache nicht mehr zu verstehen. So sind wir in Deutschland heute zu dem tragischen Zustand gekommen, daß wir in unserem eigenen Vaterlande von einer Zone zur anderen schwerer ge-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Blutrichter Cuhorst muß vor deutsches Gericht

Stuttgarter Spruchkammern streiken — VVN Mannheim fordert Wiederverhaftung

Bereits als dem Befreiungsministerium von Württemberg-Baden bekannt wurde, daß mit einem Freispruch des Nazi-Blutrichters Cuhorst, des ehemaligen Senatspräsidenten des Sondergerichtshofes in Stuttgart im Juristenprozeß in Nürnberg zu rechnen sei, traf das Ministerium alle Vorbereitungen, um Cuhorst festzunehmen und in ein Interniertenlager zu überführen, um ihn vor ein deutsches Gericht zu stellen.

Durch Rundfunk und Presse wird bekannt, daß amerikanische Militärpolizei Cuhorst in die französische Zone verbrachte und damit seine Verhaftung verhinderte.

Bereits die VVN von Württemberg-Baden erhob Protest gegen die Freilassung Cuhorsts und forderte seine Wiederverhaftung.

Am Montag, den 8. 12. 1947, nahm eine Betriebsversammlung der Belegschaft aller Stuttgarter Spruchkammern eine Entschließung an, in der es heißt, daß es unmöglich ist, kleinere Amtsträger noch zu verurteilen, wenn ein Cuhorst frei ist. Deshalb stellen ab sofort alle Spruchkammern ihre Arbeit ein. Es wurde beschlossen, so lange zu streiken, bis Cuhorst wieder verhaftet ist.

Auch die VVN in Mannheim hat auf heute Donnerstag, den 11. Dezember, eine Sitzung einberufen, auf der sie insbesondere im Namen der Opfer des Leichter-Prozesses die sofortige Verhaftung Cuhorsts fordern und erklären wird, nicht eher zu ruhen, bis dieser gezwungen wird, vor einem deutschen Gericht Rechenschaft abzulegen über seine Verbrechen.

Der Minister für politische Befreiung Gottlob Kamm, lehnt jede Verantwortung ab und hat dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die Spruchkammern von Göppingen, Ulm, Waiblingen, Ludwigsburg, Crailsheim schlossen sich dem Streik an, sowie das Spruchkammerpersonal in den Interniertenlagern.

Die Angehörigen des Ministeriums für politische Befreiung streiken gleichfalls und fassen heute, am 11. Dezember, weitere Beschlüsse.

Alle Personen, die Angaben über den ehem. Landgerichtspräsidenten u. Vorsitzenden beim Sondergericht Mannheim, Eduard Mickel, sowie über den ehem. Gestapobeamten Gerst machen können, werden ersucht, dieselben schriftlich der Kreisstelle der VVN, Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, zukommen zu lassen.

Verstärkte Arbeitermehrheit in Mannheim

Schwache Wahlbeteiligung — empfindliche Verluste der CDU

Die Wahlbeteiligung bei den Stadtratswahlen in Mannheim betrug nur 59,8 Prozent gegenüber 76,5 bei den Stadtratswahlen am 26. Mai 1946. Insgesamt wurden von 145 125 Wahlberechtigten 86 943 Stimmen abgegeben. Die KPD hat 14 939, die SPD 35 302, die CDU 23 144, die DVP 9332 und die Wählervereinigung 1409 Stimmen erhalten. Ungültig waren 2767 Stimmen. Auffallend ist der starke Rückgang der CDU-Stimmen.

Der prozentuale Anteil der einzelnen Parteien an den Gesamtstimmen verteilt sich im Vergleich zur Stadtratswahl vom 26. Mai 1946 wie folgt: KPD 17,7 (17,7), SPD 41,9 (40), CDU 27,5 (34,8), DVP 11,1 (7,5) Prozent.

Die einzelnen Parteien erhalten im Mannheimer Stadtrat (bei den Vergleichsziffern ist zu berücksichtigen, daß sich durch das neue Wahlgesetz die Gesamtzahl der Sitze von 24 auf 48 erhöht hat) an Sitzen: KPD 9 (4), SPD 21 (10), CDU 13 (9), DVP 5 (1).

Die von KPD und SPD erreichte Gesamtzahl der Stimmen weist gegenüber der Wahl vom 26. Mai 1946 eine Stei-

gerung des Anteils von 57,7 auf 59,8 Prozent auf. Die Mannheimer Arbeitermehrheit hat sich verstärkt, was auch seinen Ausdruck in den, den Arbeiterparteien zur Verfügung stehenden Sitzen zum Ausdruck kommt. Im alten Stadtrat standen 10 Vertreter der CDU und DVP 14 Vertreter der SPD und KPD gegenüber. Jetzt ist das Verhältnis 18:30 zu Gunsten der Arbeiterparteien.

Das umständliche Wahlverfahren gestattet noch keinen Gesamtüberblick. Bezeichnend für diese Wahlen ist die Tatsache, daß die Wahlbeteiligung in Württemberg-Baden durchweg in den Städten geringer als auf dem Lande gewesen ist. Soweit es möglich ist, die Ergebnisse im Landkreis Mannheim zu überschauen, ergeben sie das Bild von durchschnittlich 15 bis 16 Prozent für die Kommunistische Partei abgegebener Stimmen. In einzelnen Landgemeinden konnte die Kommunistische Partei ihre Stimmenzahl wesentlich erhöhen.

Letzte Stadtra'ssitzung vor den Gemeindewahlen

Debatte über kommunistischen Antrag zur Bildung von Ernährungsausschüssen

Zum zweiten Male tagte am Donnerstag, dem 27. November, der Mannheimer Stadtrat in öffentlicher Sitzung. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde ein Antrag der Kommunistischen Partei, der die Bildung eines Ernährungsausschusses mit Nebenausschüssen in allen Stadtteilen forderte, behandelt. Aufgabe dieser aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzten Ausschüsse ist die tatkräftige Unterstützung der Behörden bei der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel, die Kontrolle des Groß- und Kleinhandels und die wirksame Bekämpfung des Schwarzmarktes.

Obwohl gerade in Mannheim mit den Wohnungsausschüssen sehr gute Erfahrungen gemacht wurden, glaubte der Oberbürgermeister, den kommunistischen Antrag nicht befürworten zu können. Er versuchte, aus rein formalen Erwägungen die Verantwortung für diese dringend notwendige Entscheidung auf übergeordnete Stellen abzuwälzen und begab sich damit freiwillig des Rechtes der Selbstverwaltung der Gemeinden. Gerade weil die zuständigen Behörden versagen, und die krasse Ernährungslage gibt den eindeutigen Beweis hierfür, ist die Mitwirkung des Volkes, die Entfaltung der Initiative der breiten Masse, eine dringliche Notwendigkeit. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn gerade diejenigen, die sich bei jeder Gelegenheit gegen den „Zentralismus“ wenden, bei konkreter Aufgabenstellung sich hinter zentrale Stellen verschließen. Da sich die Argumente des Herrn Oberbürgermeisters als haltlos erwiesen, beschlossen die Parteien, den kommunistischen Antrag dem Verwaltungsausschuß des Stadtrats zu überweisen. Der Antrag wurde also nicht abgelehnt, wie der „Mannheimer Mor-

gen“ irrtilmlicherweise berichtete, sondern wird von dem betreffenden Ausschuß bearbeitet.

Oberbürgermeister Braun konnte auch den gegen ihn in der Presse erhobenen Vorwurf nicht widerlegen, daß er in der Zeit, als die Mannheimer Arbeiterschaft aus Protest gegen die unzureichende Ernährung die Arbeit niederlegte, dem Minister Stoß seinen Dank für dessen Bemühungen ausgesprochen hatte. Die Kommunistische Fraktion ist der Ansicht, daß Oberbürgermeister Braun mit seinem Dank-

schreiben an den Ernährungsminister nicht die Meinung des werktätigen Volkes vertrat, welches gerade wegen den Hungerrationen streikte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Anträge der Kommunistischen Partei auf Eröffnung von Volkshäusern in den Stadtteilen Lindenhof und Rheinau mit geringen Abänderungen angenommen.

Zum Schluß beschloß der Stadtrat einstimmig, den vom Nationaltheater erbetenen Zuschuß für 1946 und 1947 zu bewilligen.

„Wir antworten Dr. Schumacher“

Ueberfüllte Großkundgebung der KPD im Mannheimer Rosengarten

Der Gemeindewahlkampf in Baden stand die letzten Wochen im Zeichen äußerster Kraftentfaltung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. In Mannheim ergab sich eine Folge von drei groß aufgezogenen Versammlungen der DVP mit Theodor Heuß, der CDU mit Lemmer und der SPD, die bei dieser Gelegenheit Dr. Schumacher ins Treffen geführt hatte. In den Kundgebungen dieser drei Parteien schien Einmütigkeit darin zu bestehen, die eigene Verantwortlichkeit an den katastrophalen Zuständen den Kommunisten mit einer gesteigerten Kriegsgefangenen-, Flüchtlings- und Ostzonenhetze in die Schuhe zu schieben. Das veranlaßte die Kommunistische Partei, ohne große Vorbereitung am 6. 12. zu einer Kundgebung „Wir antworten Dr. Schumacher und allen Hetzern gegen die KPD“ aufzurufen. Derselbe Saal, in dem abends zuvor Dr. Schumacher gesprochen hatte, war brechend voll und hatte keinen Stehplatz mehr aufzuweisen. Es sprach der Vorsitzende der KPD Nordbadens, Willy Grimm.

Er zeigte zunächst das verantwortungslose Spiel der Führer der DVP und der CDU auf, um sich dann insbesondere mit Dr. Schumachers Dema-

gogie und Politik zu befassen. Der Marshallplan, führte der Redner u. a. aus, läßt keinen Spielraum mehr für eine demokratische und sozialistische Politik und sei für das deutsche Volk schädlich, da er nicht zur Einheit, sondern zur Zerreißung Deutschlands führe. Wer sich zum Vertreter der amerikanischen Politik macht, wird zum Gehilfen großkapitalistischer Zielsetzungen. Das aber tut Dr. Schumacher. Daß er die Einheit der Arbeiterklasse im Westen verhinderte, hat erst die Voraussetzung ergeben, die für die Reaktion notwendig war, sich zu stärken und zu festigen, Kommunistenhetze dient immer nur den volksfeindlichen Kräften und richtet sich in ihren Auswirkungen gegen den Sozialismus und alle freiheitlichen Kräfte. Das ist unsere Kritik und unser Vorwurf an Dr. Schumacher! Der Redner wies nach, wie in allen einzelnen Fragen sich auf dem Boden der Kommunistenhetze ein erbärmliches Doppelspiel ergibt.

Die Versammlung beschloß, dem in Berlin tagenden Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden ein Begrüßungstelegramm zu senden und wünschte die erfolgreiche Verwirklichung seiner Zielsetzung.

(Fortsetzung von Seite 1)

langen können, als wir früher ins Ausland kommen konnten.

Deutschland mangelt es nicht an Zonenabmachungen, an Ausschüssen und Räten, sondern Deutschland mangelt es an seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit und an einer zentralen Regierung!

Die deutsche Volkswirtschaft kann nur in ihrer Gesamtheit zum Garanten für das Leben unseres eigenen Volkes werden und gleichzeitig dadurch auch zu einer Garantie für die Erfüllung der Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber den geschädigten anderen Völkern. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zieht die politische Einheit zwangsläufig nach sich. Die Buntscheckigkeit der verschiedenartigen politischen Entwicklung in Deutschland offenbart uns die Gefahren. Die verschiedenartigsten staatsrechtlichen Gestaltungen Deutschlands haben gezeigt, daß die Staatsform mit der Frage der Sicherheit nichts zu tun hat. Weder der Norddeutsche Staatenbund, verbunden mit Süddeutschland durch eine Zollunion, noch der Bundesstaat Bismarcks oder der Hitlersche überzentralisierte Staat konnten verhindern, daß Europa von Deutschland mit Krieg überzogen wurde. An der Vielgestaltigkeit dieser Staatsformen sehen wir klar und eindeutig: Die Friedenssicherung liegt nicht in der staatsrechtlichen Form Deutschlands, sondern sie liegt einzig und allein in ihrem Inhalt und in ihrem Geiste.

Es gibt kuriose Menschen in Deutschland und es gibt politische Kreise im Ausland, die uns bestreiten, daß wir mit Recht in der Frage der Einheit für das deutsche Volk sprechen. Nun, wir streiten nicht. Wir schlagen vor für den Fall, daß sich die Alliierten nicht entschließen können, dem deutschen Volk seine Einheit zu gewähren, diesem deutschen Volk das Recht einer Volksabstimmung zu geben über die Frage, ob Deutschland ein Einheitsstaat sein oder zerrissen werden soll. Nach einer solchen Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands, nach der Bildung einer zentralen Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages wünschen wir die Wahl einer Nationalversammlung zur Ratifizierung des Friedensvertrages. Von diesem Friedensvertrag wünschen wir, daß er die politische und wirtschaftliche Einheit gewährleistet, daß er uns ermöglicht, den Ertrag unserer Landwirtschaft zu steigern, daß er uns ermöglicht, eine leistungsfähige Friedensindustrie zur Deckung des Eigenbedarfs und für den nötigen Export zu

Elternbeiräte auf demokratischer Grundlage?

Kulturreaktion arbeitet mit ministeriellen Verfügungen

Seit einiger Zeit wird mit der Bildung von Elternbeiräten an den Schulen begonnen. Es hat sich aber gezeigt, daß in vielen Fällen gerade die rückschrittlichen Kräfte den Ton angeben. Leider bringen bis jetzt die fortschrittlich eingestellten Eltern dieser Frage noch wenig Interesse entgegen. Zu den Elternversammlungen werden die fortschrittlich eingestellten Bürger gar nicht oder ohne genügende Information über den Zweck der Versammlungen zur Wahl der Elternbeiräte eingeladen. Dagegen sind besonders die konfessionellen Kreise sehr aktiv und treten in den Versammlungen mit langen Listen von Vorschlägen auf. Gewöhnlich ist es dann so, daß die Schulleitungen aus der Zahl der Vorschläge, die ihnen geeignet erscheinenden als Elternbeiräte berufen. Wir fragen, ist das demokratisch? Eine Anfrage beim Kultusministerium ergab, daß man in diesem Amt der Meinung ist, die Elternversammlungen seien nicht imstande, zweckentsprechende Elternvertretungen zu schaffen. Man wolle, wird gesagt, eine Terrorisierung von irgendeiner Seite vermeiden. Ist aber, so fragen wir, die Anordnung des Kultusministeriums, daß die Zusammensetzung der Elternbeiräte durch die Schulleitungen bestimmt werden, nicht auch eine Terrorisierung der Eltern? Wir fordern die Beseitigung dieser reaktionären

Verfügung und die Wahl der Elternbeiräte bzw. die Bestimmung der Zusammensetzung derselben durch die Elternversammlungen.

Es wird Aufgabe aller fortschrittlich denkenden Eltern sein, sich der immer mehr ausbreitenden Kulturreaktion entgegenzusetzen. Sie müssen sich für die stattfindenden Elternversammlungen interessieren und dort zahlreich erscheinen, um zu verhindern, daß die Elternbeiräte von reaktionär eingestellten Schulleitungen mißbraucht werden können und die konfessionell eingestellten Kreise eine unverhältnismäßig starke Besetzung in den Elternbeiräte-Ausschüssen finden.

Mit Speck fängt man Mäuse

Wahlschwindeleien der CDU

Im Odenwald und Bauland wurde vor der Wahl die plumpe Lüge, daß die Kommunisten schuld seien, wenn von jedem Schwein 4 kg Speck abgegeben werden müssen, verbreitet. Die Urheber dieser Gerüchte sitzen bei der CDU. Sprecher dieser Partei haben sich sogar nicht scheut in öffentlichen Versammlungen die Bauern auf solche Weise anzulügen.

Dabei weiß man ganz gut, daß die Speckabgabe von Schlange-Schönlingen, der von der CDU gewählt wurde, verfügt ist. Für die Durchführung in

entwickeln. Nur so können wir die Möglichkeit zur Sicherung einer erträglichen und friedlichen Existenz schaffen. Wir wünschen von dem Friedensvertrage aber auch, daß uns vor allem baldigt und endgültig gesagt wird, welche Wiedergutmachungsleistungen wir zu tragen haben, damit das deutsche Volk endlich weiß, was es schuldet und was es selbst tun muß, um seiner Arbeit wieder Sinn und Richtung zu geben.

Soviel sollte die Welt aus dem Versailler Friedensvertrag wirklich gelernt haben, daß es nichts nützt, den Krieg zu gewinnen, um den Frieden zu verlieren. Gewiß, Deutschland wird auf die Hilfe anderer Völker angewiesen sein; es wird sie nehmen müssen, woher sie kommt, wenn nicht schon damit die Bedrohung unserer staat-

lichen Souveränität verbunden ist, ehe wir sie zurückerhalten haben. Hilfe ist gut, und wir werden sie dankbar anerkennen, aber Ketten bleiben Ketten, auch wenn sie aus Gold sind.

Das wahre Interesse Deutschlands besteht in seinem Kern in zwei Dingen: in seiner demokratischen Neugeburt und in ihrer Voraussetzung, nämlich einem gerechten Frieden. Dieses deutsche Interesse steht niemals und in keinem Punkte im Widerspruch mit den Interessen einer friedlichen Welt. Die Garantie für den Frieden der Welt und für Deutschland liegt aber allein bei den großen Alliierten. Es gibt in Deutschland Menschen, die auf die Differenzen zwischen den Alliierten spekulieren. Wer das tut, der hilft nicht dem deutschen Volke, sondern er bedroht seine Existenz.

Üble Hetze des „Volkswille“

Das SPD-Blatt „Volkswille“ führt in seiner Nummer vom 6. 12. 47 einen gehässigen Angriff gegen das „Badische Volksecho“, weil dieses in seinem Bericht über den allgemeinen Proteststreik in Mannheim gegen die Ernährungsbürokratie, die Firma BBC als einen Betrieb genannt hatte, der auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung von dem Streik ausgenommen werden mußte. Der „Volkswille“ verdreht willkürlich die Dinge und unterstellt uns, wir wollten diesen Großbetrieb zum „Streikbrecherbetrieb“ stempeln. Dem ist nicht so. Vielmehr schreibt uns der 1. Vorsitzende des Ortsausschusses Mannheim des ADGB am 27. November folgendes:

„Hierzu teilen wir mit, daß BBC einer der Betriebe ist, die auf Bestimmung der Militärregierung Stuttgart (Tel.-Anruf 9.15 Uhr) von der Aktion ausgenommen werden mußte. Das Zeichen zur Aufnahme der Arbeit wurde in diesem Betrieb um 10.50 Uhr gegeben.“

Es blieb somit dem SPD-Organ „Volkswille“ vorbehalten, eine von der Militärregierung angeordnete und vom Gewerkschaftsbund übermittelte Ausnahme einen Streikbruch zu nennen.

Die Besatzungsmächte?

„Es liegt nicht an den Deutschen, sondern an den Besatzungsmächten, daß es keine gemeinsame politische Sprache der Deutschen gibt. Aus jeder Zone wird mit anderen Worten gesprochen... Die Schaffung der deutschen Einheit aber liegt heute außerhalb der Möglichkeiten deutscher Kräfte.“

(Dr. Kurt Schumacher im SPD-Pressedienst vom 14. November 1947.)

Oder wir Deutsche?

Dr. Simons, der im US Information Center in Berlin über die Grundsätze der amerikanischen Militärregierung in Deutschland sprach, war der Auffassung, daß die Einheit Deutschlands zunächst eine deutsche Angelegenheit sei und daß eine klare deutsche Stellungnahme zur Londoner Konferenz einen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen gehabt hätte.

(„Telegraf“ vom 27. November 1947.)

Württemberg-Baden ist Minister Stoß (CDU) verantwortlich. Der Fettmangel ist letzten Endes eine direkte Folge von der verfehlten Ernährungspolitik Schlange-Schönlingen. Gewiß wir hatten Dürre, Futtermittelknappheit und Rückgang der Milcherzeugung. Aber die Fettzuteilung war auch vor der Dürrekatastrophe minimal. Die Sabotage der Großgrundbesitzer an der Ernährung wurde von den Verantwortlichen nicht unterbunden. Die Ernährungsbürokratie hatte bei einer gerechten Erfassung und Verteilung vollständig versagt. Jetzt müssen Kleinbauern, Landarbeiter und Häusler für die Sünden der Vergangenheit büßen. Es ist zum mindesten unrecht, diese Speckabgabe schematisch zu erheben, ganz gleich, ob das Schwein mager oder fett ist, ob es für eine große oder kleine Familie reichen muß. Wird der Speck auch wirklich der hungernden Stadtbevölkerung zugute kommen? Das wird überall gefragt. Wenn im Tauberggrund der Speck ausgerechnet nach Würzburg in die Fettschmelze kommt und wenn in Bayern von einer Speckabgabe nichts bekannt ist, dann muß das Mißtrauen der Bauern bei uns natürlich nur noch größer werden.

Wir rufen auch denen, die dieser großen Volksbewegung noch fernstehen, zu, laßt durch den Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden Ulrich von Huttens Wort zur Tat werden: „Der deutschen Zweitracht mitten ins Herz!“ Je stärker und je größer diese Volksbewegung wird, desto eindringlicher sendet sie ihre Bitte über den Kanal nach London:

Gebt uns unsere Einheit!
Gebt uns einen gerechten Frieden!
(Stürmischer, langanhaltender Beifall)

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber Mannheim Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1. 4. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden, - Auflage: 45 000.